



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

**Entlastungspaket des Bundes für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfolgreich umsetzen, für die Menschen im Freistaat endlich ein bayerisches Entlastungspaket auf dem Weg bringen, für gerechte Steuersätze eintreten und Überwinden aufgrund des Ukrainekriegs einen Riegel vorschieben!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das erfolgreiche Entlastungspaket mit einem Volumen von 15 Mrd. Euro für die Mitte der Gesellschaft, das der Bund als Reaktion auf das steigende Preisniveau und steigende Preise in bestimmten Teilmärkten im März 2022 beschlossen und bereits auf den Weg gebracht hat und das folgende Punkte enthält:

- Energiesteuer auf Kraftstoffe wird für drei Monate vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 gesenkt. Für Benzin reduziert sich der Energiesteuersatz um 29,55 ct/Liter, für Dieselmotorkraftstoff um 14,04 ct/Liter.
- Einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen.
- Kinderbonus 2022 als zusätzliche Einmalzahlung für Familien von 100 Euro pro Kind.
- Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen in Höhe von 200 Euro.
- Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld 1 in Höhe von 100 Euro.
- Stark vergünstigtes 9-Euro-Ticket für den ÖPNV.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, in Ergänzung zum Bund umgehend ein bayerisches Entlastungspaket vorzulegen. Dieses soll zumindest folgende Maßnahmen enthalten:

- Flächendeckendes 365-Euro-Ticket beim ÖPNV.
- Energiekosten- und Klimageld in Höhe von einmalig 50 Euro pro Kopf.
- Förderung von Menschen, die Grundsicherung (im Alter und bei Erwerbsminderung) erhalten, in Höhe von einmalig 100 Euro.
- Bayerische Kinderbonus als zusätzliche Einmalzahlung für Familien in Höhe von 100 Euro pro Kind.
- Unterstützung von Familien durch eine Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen.

2. Der Landtag spricht sich im Lichte der ökonomischen Folgen des Ukrainekriegs und vor allem der sehr unterschiedlichen Auswirkungen von Preissteigerungen auf die einzelnen Bevölkerungs- und Einkommensgruppen dafür aus, den Einkommensteuertarif daraufhin zu überprüfen, wie es zu einer gerechten Verteilung der Belastungen kommen kann.

Über die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler soll es dabei nicht zu einer Steuererhöhung kommen, sehr wohl aber zu einer Umverteilung der Lasten zu Gunsten der Bezieherinnen und Bezieher von durchschnittlichen und geringen Einkommen.

3. Zudem spricht sich der Landtag klar dafür aus, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die bei einigen Unternehmen anfallenden, besonders hohen Profite aufgrund des Ukrainekrieges abzuschöpfen und das Geld für die breite Bevölkerung in Deutschland einzusetzen. Dies betrifft derzeit insbesondere Energiekonzerne und könnte z. B. auch im Wege einer Übergewinnsteuer erfolgen.

### **Begründung:**

Die Zeitenwende erfordert deutliche staatliche Anstrengungen, um die Folgen der multiplen Krisen für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Bayern abzufedern. Diesem Zweck dient das Entlastungspaket des Bundes, das durch passende bayerische Maßnahmen ergänzt werden sollte.

Zur Finanzierung stehen auch Steuermehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung in Höhe von insgesamt 40,6 Mrd. Euro zur Verfügung mit Mehreinnahmen von 16,2 Mrd. Euro für den Bund und 1,9 Mrd. Euro für Bayern. Insofern stehen allgemeine Steuererhöhungen nicht zur Debatte, sondern weitere Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft.

Grundsätzlich müssen aber in Zukunft mehr als bisher starke Schultern zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, um schwache Schultern zu entlasten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Übergewinnsteuer zu sehen, die ungerechtfertigte Windfall-Profits abschöpfen soll und beispielsweise in Italien vom ehemaligen Europäischen Zentralbankchef und jetzigen Regierungschef Mario Draghi erfolgreich realisiert wurde.